DEUTSCHE BAUZEITUNG

59. JAHRGANG * Nº 19 * BERLIN, DEN 7. MÄRZ 1925

HERAUSGEBER: PROFESSOR ERICH BLUNCK, ARCH.
SCHRIFTLEITER: REG.-BAUMEISTER a. D. FRITZ EISELEN.

Alle Rechte vorbehalten. — Für nicht verlangte Beiträge keine Gewähr.

Neuere Villenbauten.

II. Landhäuser von Arch. Geh.-Regierungsrat Prof. Dr.-Ing. Hermann Muthesius, Berlin-Nikolassee.

Von Professor Erich Blunck, Berlin. (Schluß aus No. 17.)

(Hierzu eine Bildbeilage und die Abbildungen auf S. 148, 149 u. 151.)

Bei den beiden in Nr. 13 und 15 wiedergegebenen Landhäusern von Muthesius ist auf repräsentative Würde besonderes Gewicht gelegt, die in der äußeren Erscheinung durch die Formgebung, das Material*), den streng architektonischen Aufbau sich ausspricht und folgerichtig sich auch im Innern, in dem von außen her zunächst betretenen und den anschließenden Haupträumen des Erdgeschosses, sich auswirkt, wie die heutige Bildbeilage, der reich gestaltete Vorraum im Hause K., und etwa auch das in Abb. 12, S. 151, gezeigte Eßzimmer im Hause T., es verdeutlichen. Haus T. in Charlottenburg erhält damit etwas von dem Charakter eines städtischen, Haus K. in Pichelsberge von dem eines ländlichen Herrensitzes. Anders Haus A. in Charlottenburg und Haus R. in Heidelberg, die in der Abbildungsreihe dieses Heftes wiedergegeben sind. In ihrer äußeren Gesamterscheinung atmen sie ganz landhausmäßige Behaglichkeit. Ihr Zuschnitt läßt erkennen, daß es bei stärkerer Begrenzung der Ansprüche um so mehr auf die zweckvollste Gestaltung der Grundrißform ankam, um in der Raumfolge und den Beziehungen der Räume die angemessenste Wohnform herauszuarbeiten. Dabei ist hervorzuheben, wie Haus A. in Charlottenburg, das eine ebenerdige, gruppierte Anlage wurde, in Umrißform und Materialcharakter ganz mit der Nachbarschaft märkischer Kiefern rechnet, während Haus R. in Heidelberg, das auf sehr beschränkter Grundfläche zweigeschossig aufgebaut ist, sich in die süddeutsche Eigenart und Umgebung findet.

Haus A. in Charlottenburg wurde in der Landhauskolonie westlich vom Bahnhof Heerstraße während der Jahre 1922 und 1923 auf einem Grundstück Ecke Insterburg- und Lyck-Allee errichtet, das mit einem fertig angelegten Garten bereits versehen war (Lageplan Abb. 4, S. 146). Die Anlage ist malerisch aufgefaßt, und aus der Grundrißgestaltung ist ein Aufbau entwickelt, der seine, diesmal auftretende, starke Verwandtschaft mit der englischen Art nicht verleugnet. In dem mehrfach erscheinenden Dreiecksgiebel, in der Betonung der Materialsprache und in jenem Zug, der immer irgendwie an Burgen erinnert, kommt das zum Ausdruck.

Die Lage des Bauplatzes zur Himmelsrichtung ergab die Anordnung des Hauses in der nordwestlichen Ecke des Grundstückes, wobei sich auch eine weitgehende Einbeziehung des schon angewachsenen Gartens ermöglichen ließ. Die beiden nach der Straße hin vorgestreckten Flügelbauten umschließen einen kleinen Ehrenhof, der mit einer Pergola bis zur Straße fortgesetzt ist und damit gleichzeitig in geschickter Weise räumlich in sich geschlossen wird (Abb. 1 hierunter). Wohnflügel und Wirtschaftsflügel sind ihrer Bedeutung entsprechend nach Höhe und Umfang gegeneinander abgestuft, die Wohnseite noch einmal, und außerdem der Haupteingang, durch das Treppentürmchen besonders betont. Der Ausdruck des Einladenden, wie er durch die Tiefe des Hofes und das Zurücknehmen des Einganges in das Hofinnere bedingt wird, und das „My house is my castle", wie es hier besonders in der geringen Zahl der Fenster sinnfällig sich ausspricht, treten in einen Gegensatz, der dem offenen Hof einen ganz eigenen Reiz verleiht.

Das Wohnprogramm war das übliche: im Erdgeschoß drei Zimmer, die jedoch von mäßiger Größe sein sollten, eine Veranda und eine Halle, um die als Mittelpunkt sich die verlangten Räume zu einer stark zusammengeschlossenen Gruppe herumlegen (Grundriß Abb. 2 a. S. 146). Die Raumform der Halle, die in einfacher Weise hell und freundlich gestaltet wurde (Abb. 7, S. 148), entspricht dieser zentralen Lage.

Besonderes Gewicht wurde den im Erdgeschoß angegliederten Wirtschaftsräumen beigemessen, die gut zueinander liegen und, obgleich räumlich nicht sehr weit ausgreifend, doch mit allen Bequemlichkeiten versehen werden sollten. Einem besonderen Wunsch des Besitzers entspricht das Wirtschaftszimmer für häusliche

Abb. 1. Haus Dr. A. in Berlin-Charlottenburg. Einblick in den Vorhof.

*) Travertin aus den Thür. Brüchen der Firma Carl Schilling, Hausteinwerke, Berlin. —

Arbeiten aller Art, das sich sehr bewährt hat. Die Waschküche sollte ebenerdig in der Nähe der Küche liegen, eine Forderung, die zur Anordnung des Grundrisses in der zweifach geknickten Form geführt hat. Im Wirtschaftsflügel ist auch, auf der Nordseite zwischen Küche und Waschküche, der Nebeneingang eingeschaltet. Daselbst ist ferner, den Bauwich ausfüllend, ein Wirtschaftshof angelegt.

Bei der sehr kinderreichen Familie wurde eine große Anzahl von Schlafzimmern verlangt, die jedoch entsprechend klein gehalten werden konnten. Auf diese Weise sind im Obergeschoß, das als ausgebautes Dachgeschoß behandelt ist, sechs Schlafzimmer vorhanden, von denen fünf den Kindern zugleich als Wohnzimmer dienen (Grundriß Abb. 3 hierneben). Außerdem wurden drei Bäder eingerichtet, von denen je eines für das Elternschlafzimmer, für die Kinder und für Mädchen bestimmt ist. Die innere Ausstattung der Räume ist sehr einfach. Es wurden durchweg die bereits vorhandenen reichlichen Möbel verwendet, wobei jedoch im Herrenzimmer die Bücherschränke an die Wand gefügt und so ergänzt wurden, daß sämtliche Wände mit Bücherschränken besetzt sind.

Abb. 2. Erdgeschoß-Grundriß.

Abb. 3. Obergeschoß-Grundriß.

Maßstab 1 : 400.

Das Haus ist in dunkelroten Oldenburger Ziegelsteinen errichtet, die durch verschiedenartige Härte ein sehr lebhaftes Flächenspiel ergeben und sich mit dem zur Dachdeckung gewählten Schiefer, dem weißen Rahmenwerk der mit den Außenmauern bündigen Fenster und dem Grün des Gartens zu einer in Norddeutschland heimischen, heiteren Farbwirkung vereinen. Die tiefen wechselnden Schattenwirkungen, die sich durch den intimen Architekturhof auf der Straßenseite ergeben, bilden einen lebendigen Gegensatz zu den schlicht gehaltenen Gartenfronten, auf denen die im Sonnenlicht entstehenden Schatten weit sparsamer verteilt sind. Der Ostseite als der Hauptgartenfront (Abb. 6, S. 147), ist eine flache Terrasse vorgelagert, die mit Ziegelsteinpflaster belegt ist und vier Blumenbeete enthält. —

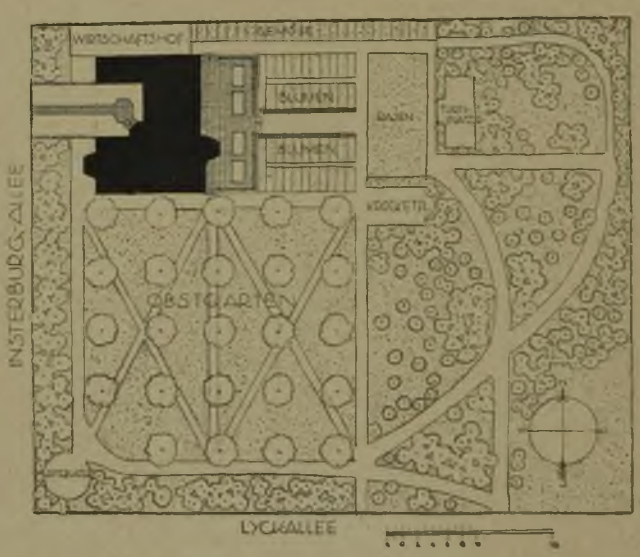

Abb. 4. Lageplan 1 : 1000.
Haus Dr. A. in Berlin-Charlottenburg.

Haus R. in Heidelberg

ist vielleicht noch stärker Beweis dafür, wie Muthesius, mit einem durch reiche Erfahrung erprobten Können, auch in kleinem Maßstabe eine bestimmte Höhe in der Befriedigung derjenigen Wohnbedürfnisse, die heute noch erst bei größeren Hausanlagen als normal empfunden werden, immer erreicht, ohne daß die Lösung etwas Gezwungenes hat, noch an Klarheit einbüßt.

Für das Haus, das im Jahre 1922 in Heidelberg, in der Bergstraße, errichtet wurde, war Bedingung, auf denkbar sparsamsten Grundriß eine gewisse Behaglichkeit der Wohn- und Schlafräume zu schaffen (Grundrisse Abb. 10 und 11, S. 149). Um die Räume nicht allzu klein werden zu lassen, wurde die Halle auf das nur irgend erreichbare Mindestmaß beschränkt, doch ist trotzdem unter dem zweiten Treppenlauf noch eine kleine Ablage mit Abort sowie der Nebeneingang zur Küche gewonnen. Das Freiwerden des Raumes über der Treppe beseitigt den beengenden Eindruck, der etwa vom Erdgeschoß-Grundriß aus angenommen werden könnte. Das ziemlich große Wohnzimmer dient gleichzeitig als Eßzimmer. Damit die Küche nicht unmittelbar an das Wohnzimmer sich anschließt, ist zwischen beide Räume ein ganz kleiner innerer Flur eingeschaltet, der auch zum Abstellen einiges Geschirrs dienen kann und zu diesem Zweck mit einem schmalen Klapptisch versehen wurde. Zwischen Wohn- und Herrenzimmer ist eine verglaste Falttür angeordnet, die bei vollständigem Öffnen beide Zimmer verbindet und einen verhältnismäßig großen Raumeindruck ergibt.

Im Obergeschoß sind in zweckvoller Anordnung das Elternschlafzimmer und alle notwendigen Nebenräume untergebracht. Im ganzen hat der rechteckige Grundriß nur die sehr geringe Ausdehnung von $8{,}8 \times 12{,}7$ m, also eine bebaute Fläche von rd. 112 qm ohne Veranda.

Das Haus ist als einfacher Putzbau errichtet mit etwas übergekragtem Obergeschoß und einem Walmdach (Abb. 8 und 9 auf S. 149). In der Gestaltung des einfachen Baukörpers ist das unangenehme gestelzte Aussehen vermieden, das zweigeschossigen Landhausbauten so häufig anhaftet und ihnen jede Beziehung zur Umgebung, zum Boden, auf dem sie stehen, nimmt. Das Verhältnis der Dachmasse zum Geschoßkörper, der bedeutende Dachüberstand spielen dabei eine Rolle. Die Linien des hohen Daches weisen allseitig energisch nach unten und leiten über die im Erdgeschoß an der Südseite vorgebaute Veranda, die auf eine durch Erdschüttung gewonnene Terrasse mündet, zu dieser und damit zum Gelände über. Die Art, wie das Haus aufgestellt ist, im Verein mit der farbigen Haltung, stellen die innige Verbindung mit der Umgebung, man könnte sagen mit der Landschaft her, wenn den Linien des Gartens nicht durch die mehr städtische Lage des Hauses Grenzen gezogen wären. —

Wir beschließen damit die Serie neuerer Landhausbauten von Muthesius, mit denen wir einen Überblick über sein gegenwärtiges Schaffen geben wollten. Sie lassen erkennen, daß Muthesius unbeirrt durch Meinungen und Strömungen des Tages, denen gegenüber mancher bedeutende Baukünstler häufig genug in Versuchung gerät, sich selbst untreu zu werden, auf einem schon lange beschrittenen Wege folgerichtig weiterarbeitet und als in sich gefestigte, abgeschlossene Persönlichkeit in seinen Arbeiten dennoch eine noch wachsende Reife erreicht. Der neuzeitliche Landhausbau, sein Hauptarbeitsgebiet, verdankt ihm, wie bereits ausgesprochen, eine für unsere Zeit wesentliche Förderung, und so ist nicht verwunderlich, daß er hier nach wie vor eine anerkannte seltene Meisterschaft besitzt.

Die Aufgaben des städtischen Siedlungswesens und ihre Beziehungen zur Bodenreform.

Von Dr.-Ing. Neumann, o. Prof. für Bauingenieurwesen a. d. Techn. Hochschule in Braunschweig. (Schluß aus No 18.)

Die von mir aufgestellten 3 Forderungen, Schaffung von guten Wohnungen, Anweisung ausreichender und richtig gelegener Flächen für Industrieanlagen und Erholungsmöglichkeiten bedingen einen weitumfassenden Bebauungsplan, der auch über das Weichbild der Gemeinde vielfach hinausgreifen muß. Leider fehlt dieser Plan den meisten Gemeinden. Wo er besteht, stammt er aus früheren Zeiten und paßt nicht mehr in die neuen Verhältnisse. Für seine Umarbeitung ist gerade jetzt die günstigste Gelegenheit. Wir müssen dafür sorgen, daß bei einer unerwarteten Zunahme der Bautätigkeitt es nicht an den nötigen Vorbereitungen fehlt, und daß sich nich dieselben Schäden in der Anlage unserer Groß- und Mittelstädte zeigen, wie es in den Entwicklungsjahren nach 1880, denen man unvorbereitet gegenüberstand, leider der Fall gewesen ist.

Deshalb hat die schon genannte Jahresversammlung des Vereins der technischen Oberbeamten deutscher Städte allen Gemeinden dringend empfohlen, unverzüglich die Neubearbeitung ihrer Siedlungspläne in die Hand zu nehmen und schleunigst durchzuführen, um auf alle Fälle gewappnet zu sein. Diese Bebauungspläne werden aber

Abb. 5 (oben). Straßenseite. Abb. 6 (unten). Hauptgartenfront.

Abb. 5. u. 6. Haus Dr. A., Berlin-Charlottenburg.
Neuere Villenbauten. Architekt: Hermann Muthesius, Berlin-Nikolassee.

nicht nur den von mir aufgestellten Forderungen Rechnung tragen müssen, sondern in ihnen muß auch noch eine andere, ebenso wichtige Forderung erfüllt sein.

Bisher entwickelten sich unsere Städte durch Hinaustragen ihrer Grenzen. Die Stadt wurde immer ausgedehnter, die Entfernungen wurden immer größer. Dort, wo diese Entfernungen zu Fuß nicht mehr zu überwinden waren, mußten städtische Verkehrsmittel angelegt werden — Straßenbahnen, wo diese nicht mehr ausreichten, wie z. B. in den Weltstädten, Stadt- und Untergrundbahnen. Zur Arbeitsleistung einer großen Zahl werktätiger Menschen gehört es heute, daß sie längere Wege zwischen Wohnung und Arbeitsstätte zurücklegen müssen, wobei ihnen kostbare Zeit verloren geht und ihre Arbeitskraft zermürbt wird. Wegeverluste von 1—2 Stunden am Tage sind heute keine Seltenheit mehr. Das ist ein Verlust von Arbeitskraft und Nationalvermögen, den wir uns auf die Dauer nicht mehr leisten können. Es bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß wir unsere Siedlungspläne nicht nur auf die 2. und 3. Dimension zuschneiden müssen, daß wir vielmehr auch der vierten Dimension, der Zeit, Rechnung tragen müssen. Das ist eine ganz natürliche Entwicklung. Die ersten Bebauungspläne klebten noch an der 2. Dimension. Es wurden Pläne aufgestellt, die sich auf dem Papier wohl sehr hübsch machten. Bei ihrer Übertragung in die Wirklichkeit mußte man die Erfahrung machen, daß man die Raumwirkung völlig außer Acht gelassen hatte. Alsbald setzte die Bewegung ein, den Bebauungsplan als ein raumbildendes Element zu betrachten und ihn zugleich von diesem Standpunkte aus aufzustellen. Das geistige Auge des Entwerfers soll sich eine klare Vorstellung von der Raumwirkung machen, die die auf seinen Plan gesetzten Baumassen hervorrufen werden.

Abb. 7. Treppe in der Halle des Hauses Dr. A., Berlin-Charlottenburg. **Neuere Villenbauten.** Architekt: Hermann Muthesius, Berlin-Nikolassee.

Jetzt müssen wir noch als weiteren Schritt die 4. Dimension, die Zeit, in den Bebauungsplan einführen. In der Überwindung des Raumes sind uns gewisse Grenzen gesetzt. Selbst wenn es gelingen sollte, durch immer schneller fahrende städtische Verkehrsmittel die Entfernungen in der Stadt abzukürzen, so ist doch auch zu berücksichtigen, daß an sich Transportmittel preisverteuernden Charakter haben, sie verteuern die Ware, in diesem Falle die Arbeitskraft des Stadtmenschen.

In landwirtschaftlichen Verhältnissen gilt als zulässige Entfernung zwischen Acker und Siedlungsmittelpunkt im Durchschnitt ¼ Stunde. Bei größeren Entfernungen legt man bei Gütern Vorwerke an (bei Gütern über 2000 Morgen etwa). Es mag sein, daß Kraftwagen, Raupenschlepper hier die Grenzen etwas verschieben können; die Grundlage wird bestehen bleiben. Unsere landwirtschaftlichen Feldbereinigungen, Verkoppelungen bezwecken doch auch, durch Verkürzung der Wege zur Arbeitsstelle die Betriebsweise in der Landwirtschaft zu verbessern.

Zur Beseitigung des Wohnungselends der Städte schuf man Vorstädte, zwang damit aber die Bewohner zu größeren Wegen zwischen Wohn- und Arbeitsstätte. Bis zum gewissen Grade ist das zulässig und als ein Fortschritt zu betrachten; denn im Vorort war der Bewohner der Erholungsfläche näher. Was er an Wegen sparte, um dorthin zu gelangen, konnte er am Wege zur Arbeitsstätte zulegen. Mit der weiteren Aufblähung der Städte tritt der Augenblick ein, daß der Arbeitsweg so lang und ermüdend wird, daß für die Erholung keine Zeit mehr bleibt, und die Wegkosten den Ertragswert der Arbeit herunterdrücken. An Stelle des Wohnungselends haben wir jetzt das Verkehrselend eingetauscht.

Hier kann aber auch der Kraftwagen nichts bessern. Wenn alle Arbeiter und Angestellte, mit dem Kraftwagen den Weg zwischen Wohn- und Arbeitsstätte zu überwinden suchen, werden die Verkehrswege so überlastet und der Raumbedarf für die Unterstellung der Wagen so groß, daß die sonstigen Vorteile des Kraftwagenverkehrs damit aufgehoben würden. Die Erfahrungen in den Städten Amerikas haben das ja schon längst bestätigt.

In Braunschweig liegen eigentümliche Verhältnisse insofern vor, als hier die Arbeiter selbst in der Stadt wohnen und nur in den Außenbezirken und auf dem Lande arbeiten, während doch im allgemeinen in den Großstädten die Außenbezirke die Wohnstadt und die Innenbezirke die Arbeitsstatt abgeben. Das ist ein ungesunder Zustand und müßte bei der Lösung der Wohnungsfrage gerade in Braunschweig besondere Beachtung finden. Meine Behauptung beruht auf zahlenmäßigen Feststellungen des Eisenbahnverkehrs. Die böse Folge eines solchen unnatürlichen Zustandes beruht z. B. darin, daß bei Erwerbslosigkeit eine große Zahl Arbeiter von der Stadt Braunschweig unterhalten werden müssen, die außerhalb ihre regelmäßige Arbeitsstätte haben. Eine zielbewußte Siedlungspolitik müßte diesen Mißstand schleunigst abstellen. Eine Ansiedlung der Arbeiter in den ländlichen Bezirken würde für die Betreffenden eine Stärkung ihrer wirtschaftlichen Existenz zur Folge haben, weil sie bei Arbeitslosigkeit doch immerhin durch den Ertrag ihres Gartens vor der größten Not geschützt sind.

War also der Gedanke, die Wohnung von der Arbeitsstätte zu trennen, glücklich und ein erster erlösender Schritt, und ist er auch für Mittelstädte, die auf dem Wege der Entwicklung zu Handels- und Industriestädten sind, der gegebene, so ist doch die Forderung aufzustellen, die Grenzen, die hier gezogen sind, rechtzeitig zu erkennen um die Weiterbildung der Städte frühzeitig in andere, zweckmäßigere Bahnen zu lenken.

Von England ging eine Bewegung aus, die das Ziel verfolgt, um die alte Mutterstadt einen Kranz von Ortschaften zu legen, die mit der Mutterstadt nur noch im

losen Zusammenhang stehen und sonst durch Ansiedlung von Industrie ein völlig eigenes gemeinschaftliches Leben

auch Prof. Schumacher wieder zur Geltung verhelfen will. Solche Städte können auch schon gute Bildungs-

führen, Trabanten- oder Planetenstädte genannt. Unter einer Gartenstadt versteht der Engländer aber etwas durchaus anderes als wir: Eine Gartenstadt ist für ihn eine für Industrie und gesundes Leben eingerichtete Stadt von einer Größe, die ein volles Maß wirtschaftlichen und sozialen Lebens ermöglicht, aber nicht größer, umgeben von einem Dauergürtel ländlichen Bodens.

Die Größe solcher Trabantenstädte wird mit 50000 bis 100000 Einwohnern als die geeignetste angesehen. Das ist der Typus der behaglichen deutschen Mittelstadt, dem

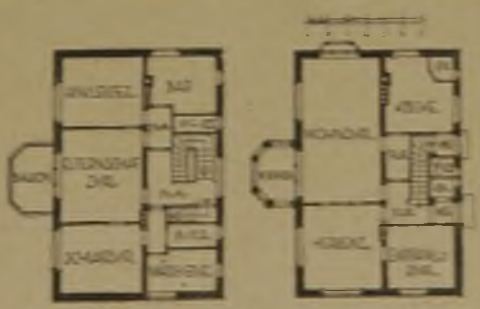

Abb. 8—11. Haus R. in Heidelberg. Arch.: Hermann Muthesius, Nikolassee. Neuere Villenbauten.

möglichkeiten für ihre Bewohner schaffen, Kulturzentren sein. Auf dem vorletzten Städtebaukongreß in Gotenburg 1923 ist von den Amerikanern angekündigt worden, daß die künftige industrielle Entwicklung sich in Städten mit nicht mehr als etwa 50000 Einwohnern vollziehen wird.

Diese Wege werden wir unbedingt auch beschreiten müssen. Eine Entwicklung unserer Mittelstädte muß bei 150—200000 Einwohnern Halt machen. Alsdann sind die Wege, die zwischen Wohn- und Arbeitsstätte zurückzulegen sind, an der natürlichen und wirtschaftlichen Grenze

angelangt. Es muß jedoch die Dezentralisierung der Industrieflächen und Wohngebiete planmäßig beginnen. Wir finden Ansätze eines solchen Vorgehens im Siedlungsverband für den Ruhrkohlenbezirk, an dessen Spitze ein Ingenieur steht, der frühere Beigeordnete von Essen, Dr.-Ing. Schmidt; und in Preußen wird ein neues Siedlungs- und Fluchtliniengesetz beraten und ausgearbeitet, das diesem Verlangen Rechnung tragen soll.

In erster Linie werden von solchen Plänen diejenigen Landesteile betroffen, die eine dichte Bevölkerung aufweisen und eine industrielle Fortentwicklung auf Grund von Bodenschätzen oder günstigen Verkehrsbedingungen, z. B. Wasserstraßen, begünstigen. Mit Recht ist aber die Frage aufgeworfen worden: wer soll die Leitung in die Hand nehmen? Einer staatlichen Regelung durch Beamte kann nicht das Wort geredet werden. Der einzige Weg scheint wohl derjenige zu sein, daß man die Industrie bei der Wahl ihrer neuen Standortplätze unterstützt, wenn sie sich bereit erklärt, bei Neugründungen oder Erweiterungen neue Plätze aufzusuchen. Wenn ich anfangs darauf hinwies, daß die städtischen Siedlungspläne das Bauland für Industrie richtig aussondern soll, und daß dabei auch die weitere Umgebung in Betracht gezogen werden muß, so hatte ich diese Lösung und dieses Ziel dabei im Auge, die Industrie außerhalb der Städte unterzubringen. Es muß aber dann die Industrie verpflichtet werden, ihrerseits die Mittel technisch wie finanziell, für die Bildung solcher Siedlungsmittelpunkte zu liefern, wobei die Gesetzgebung diese Arbeit erleichtern und vorbereiten muß. Die Industrie scheint auch selbst diesen Weg gehen zu wollen. So haben z. B. die Siemens-Schuckert-Werke und A. E. G. den Wohnungsdirektor der Stadt Berlin, Laporte, angestellt, um eine Verlegung der Werke aufs Land mit Schaffung günstigerer Wohngelegenheiten zu bearbeiten.

Die Bildung reiner Wohnstädte als Trabantenstädte hat ihre bedenkliche Seite. Einmal entstehen weite Wege für den Bewohner, zweitens sind solche Gemeinden leistungsunfähig. Als das Reich die Wohnsiedlung Staaken bei Spandau schuf, zahlte es 700 000 M. zum Grunderwerb von 350 000 qm Land und 425 000 M. Ablösung für Gemeinde-, Schul- und Kirchenlasten, weil sonst die Steuern für die Ansiedler und die Muttergemeinde unerträglich geworden wären. Es müssen daher auch die Industrie und die Gewerbe in diesen Orten angesiedelt werden, damit diese Städte ein eigenes wirtschaftliches Leben haben.

Wir haben unbedingt Ansätze zu solchen Mittelpunktbildungen. Die Industrie sucht in erster Linie sich dort anzusiedeln, wo sie auch die nötigen Arbeitskräfte vorfindet. Das ist jetzt das Land. Eine Vermehrung der Industrie in der Stadt ist nur möglich, wenn ländliche Arbeitskräfte in die schon übervölkerten Städte gezogen werden, was unbedingt vermieden werden muß.

Die Ansiedlung der Industrie auf dem Lande geht nun auch nicht gleich reibungslos vor sich. Sie entnimmt ihre Arbeitskräfte aus einem größeren Umkreis, da meistens der Standort allein nicht in der Lage ist, die ganze Zahl der Arbeitskräfte zu decken. Die in der Nähe oder weiter ab wohnenden Arbeiter stellen sich ein. Sie müssen jetzt, um überhaupt an ihre Arbeitsstätte zu gelangen, weite Wege zurücklegen. Da scheint es angebracht zu sein, etwa in einer solchen Gegend vorhandene Wohnungsnot in erster Linie durch Schaffung von Wohnungen am Industrieort selbst zu bekämpfen, damit möglichst viele Werktätige an diesem Ort zusammengezogen werden. Abwegig scheint es nur zu sein, wenn die ordentlichen Gerichte bei der Nachprüfung von Berichtigungen für Enteignungen sich auf den Standpunkt stellen, daß der Bezirkswohnungskommissar nur dort Land für Wohnungsbauten enteignen darf, wo gerade Wohnungsnot herrscht, ohne Rücksicht auf die Lage der Arbeitsstätte Derjenigen, die von der Wohnungsnot betroffen werden. Liegt diese Arbeitsstätte nicht am Wohnort, so wäre doch zuerst anzustreben, durch Bau von Wohnungen am Arbeitsort dem Wohnungsmangel abzuhelfen. Das liegt auch im Interesse sowohl der Gemeinden selbst, wie der Werktätigen, und auch der Industrie.

Die Einschränkung des Städtewachstumes ist keineswegs etwa ein Phantasiegebilde, sondern eine Forderung des heutigen Städtebaues, die von allen führenden Städtebauern auf der Lehrkanzel wie im praktischen Berufe mit Entschiedenheit vertreten wird.

Aus dieser Betrachtung verstärkt sich die Überzeugung, daß die kurze Atempause, die die unfruchtbare Gegenwart uns läßt, dazu ausgenutzt werden muß, um die Wege für eine gesunde Entwicklung unseres Siedlungswesens vorzubereiten. In diesen Zukunftsplänen werden die von mir aufgestellten Forderungen: gesunde preiswerte Wohnung, günstig gelegene Arbeitsstätte und Erholungsgelegenheit, aber nicht mehr als Dinge an sich, sondern in Beziehung zu der Gesamtaufgabe gebracht werden müssen, die da lautet: Eine weitere Zusammenballung von Städten muß verhindert werden. Dafür sind neue Zentren zu schaffen, in denen die Fehler der Vergangenheit vermieden werden, und durch die planmäßige Anlage von vornherein ganz andere Lebensbedingungen für alle Volksgenossen geschaffen werden. In diesen Plänen wird die richtige Verteilung des Wassers für die menschlichen Wohnstätten als Trink- und Gebrauchswasser, die Abführung der Schmutzwässer ohne Schädigung für Andere, die Ausnützung der natürlichen Wasserkräfte noch eine besondere Rolle spielen. Auch im Lande Braunschweig wird die Trinkwasserversorgung bald kritisch werden. Die Aufgabe, die der Städtebauer von heute zu lösen hat, ist demnach eine doppelte:

1. Er muß an den vorhandenen Städten und Siedlungen die bessernde Hand anlegen und die Schäden einer unzweckmäßigen und nur aus falscher sozialer Einstellung zu entschuldigenden Wohnweise bei der Durchführung von Stadterweiterungen zu mildern suchen,
2. Pläne vorbereiten, die das Anwachsen der Städte über eine bestimmte Grenze, die sich nach örtlichen Verhältnissen ergeben wird, beschränkt, und die Anlage neuer Gemeinwesen vorbereitet.

Schon das erste allein ist zweifellos keine kleine Aufgabe, aber sie würde Flickwerk sein, wenn die zweite Aufgabe nicht zugleich angefaßt würde, die uns doch erst von den Fesseln einer auf dem Gebiete des Städtebaues rückständig gebliebenen Zeit befreien soll.

Ich hatte zuvor darauf verwiesen, wie die Akademie für Städtebau in England den Begriff „Gartenstadt" auslegt. Diese Begriffsbestimmung enthält außerdem noch einen besonderen Nachsatz, der lautet:

Dabei soll der ganze Landbesitz im öffentlichen Eigentum sein, oder für die Gemeinschaft der Bewohner in Treuhand gehalten werden.

Für England ist das eine selbstverständliche Sache, wo das Erbbaurecht seit Jahrhunderten eingeführt ist, für uns Deutsche ein Hinweis, daß die Durchführung gesunder Grundsätze im Städtebau und Siedlungswesen nur erfolgen kann, wenn man die Herrschaft über den Boden besitzt. Möge Freiheit der Wirtschaft bei der Gütererzeugung und Werteschaffung uns weitestgehend erhalten bleiben, der Boden muß uns zugänglich sein. Das uneingeschränkte Besitzrecht an ihm und eine daraus sich ergebende ungerechtfertigte Höhe des Preises birgt die Gefahr in sich, daß natürliche Entwicklungsmöglichkeiten gehemmt werden, und Äste am Baum des deutschen Volkes verdorren, die vielfältig Frucht tragen könnten. Ich bekenne es freimütig, daß gerade die vielseitige Tätigkeit als Ingenieur im praktischen Berufe, vornehmlich meine 11 jährige Tätigkeit in einem Groß-Berliner Gemeinwesen mir die Augen darüber geöffnet hat, daß die fühlbarsten Schäden in unseren heutigen Städten jeder Größe auf ein falsches Bodenrecht zurückzuführen sind.

Meine Auffassung ist „das Ergebnis der praktischen Vernunft und richtigen Nachdenkens, wie es einmal der Volkswirtschaftler, Professor Adolf Wagner, in seiner letzten öffentlichen Rede ausgedrückt hat, die er als 80 jähriger auf einer Tagung des Bundes deutscher Bodenreformer im Jahre 1914 gehalten und, die angehört zu haben, mir und wohl auch Anderen ein nachhaltiges Erlebnis bleiben wird.

Die neuen Aufgaben im Siedlungswesen, wie ich sie heute umrissen habe, können nur gelöst werden, wenn wir nicht um den Boden zu kämpfen brauchen, unsere Kraft nutzlos an diesen Kämpfen vergeuden und ermüden, ehe das eigentliche Ziel erreicht ist. Ich lehne eine Verstaatlichung des Bodens entschieden ab. Es soll auch Niemand um Hab und Gut gebracht oder von seinem väterlichen Besitz grundlos vertrieben werden. Wo aber das Wohl der Gesamtheit und die natürliche Entwicklung es verlangt, muß der persönliche Eigennutz zurücktreten. Diese Fragen lassen sich alle leicht überwinden, wenn die richtige Gesinnung vorhanden ist. Jene staatsbürgerliche Gesinnung, die jedem Einzelnen die Grenzen klar vorzeigt, wo der eigene Vorteil und seine berechtigte Verfolgung endet, und das Gesamtwohl beginnt.

Eine mehr als 20 jährige Beschäftigung mit der Bodenreform in Theorie und Praxis hat es mir immer klarer werden lassen, daß diese Lehre wohl diejenige ist, die jedem Gliede unseres Volkes die richtige staatsbürgerliche Ge-

sinnung in Fleisch und Blut übergehen läßt, und daß vornehmlich auf meinem Arbeitsgebiete ohne diese staatsbürgerliche Gesinnung kein Erfolg zu erzielen ist.

Es besteht heute mit Recht in allen Kreisen die Auffassung, daß ein Wiederaufstieg unseres deutschen Volkes und ein Wiederaufbau unserer Wirtschaft mit einer richtigen Lösung des Städtebau-Siedlungsproblems eng verknüpft ist. Ohne Bodenreform können diese schweren Aufgaben aber nicht gelöst werden.

Dann ist aber die Bodenreform das Zeichen, unter dem wir unser schwergeprüftes Volk und Land einer glücklicheren Zukunft entgegenführen können. —

Vermischtes.

Architektur-Ausstellung 1925 in Darmstadt. Einer Mitteilung der Tagespresse entnehmen wir, daß in Darmstadt vom 15. August bis 15. September d. J. in der Kunsthalle am Rheintor eine Architekturausstellung stattfinden wird, die Architektur, Bauplasik und Baumalerei umfassen und zeigen soll, was die Darmstädter Architektenschaft zu leisten vermag. Alle drei Gebiete sollen allgemein in ihrer heutigen Entwickung, daneben aber besonders eingehend die gegenwärtigen Möglichkeiten des Wohnungsbaues behandelt werden. Die Jury haben übernommen: Prof. Läuger, Karlsruhe, Stadtbaudir. Adolf Platz, Mannheim und Arch. B. D. A. Röckle, Frankfurt a. M. Die Leitung ist einem geschäftsführenden Ausschuß übertragen, dem Arch. Prof. Albin Müller, Stud.-Rat Heinrich Stumpf, Arch. J. Krug, Arch. A. Klee und Bürgermstr. Buxbaum angehören. Ob die vom hessischen „neuen Künstlerkartell" für 1925 geplante internationale Ausstellung auf der Mathildenhöhe, über die wir seinerzeit, Nr. 78, Jg. 1924, schon berichtet haben, außerdem verwirklicht werden soll, ist nicht gesagt und erscheint unter diesen kannt zu machen.

Eine „Ausstellung farbiger Architektur" in Hamburg wird in der Zeit vom 9. bis 23. April d. J. in der Ausstellungshalle der Hamburger Stadthalle stattfinden. Den Mittelpunkt der Ausstellung wird das Ergebnis eines Wettbewerbes für die farbige Behandlung eines Teiles des Großen Burstahs in Hamburg bilden, der von der Baupflegekommission im Einverständnis mit der Hamburger Maler- und Lackierer-Innung, der Ortsgruppe des Bundes Deutscher Architekten, dem Verband der Reklamefachleute und dem Kunstgewerbeverein in Hamburg veranstaltet wird. Bei dieser Gelegenheit soll auch die Farben- und Baustoffindustrie ihre neuesten Erzeugnisse auf diesem Gebiet der Öffentlichkeit vorführen. Den Vorsitz der Ausstellungsleitung hat Ob.-Baurat Dr.-Ing. Hellweg, Baupflegekommission Miramar-Haus, Schoppenstehl 15, in Hamburg, übernommen, von dem auch nähere Auskünfte eingeholt werden können. —

Jahresschau 1925 „Wohnung und Siedlung" in Dresden. Als nach dem Kriege unter den Bestrebungen zur Belebung des deutschen Handels auch das Ausstellungswesen wieder in Erscheinung trat, setzte sich Dresden mit einem neuartigen Ausstellungsunternehmen an die führende Stelle, die es als Ausstellungsstadt vor dem Kriege inne hatte und die es insbesondere durch die hervorragend gelungene Internationale Hygiene-Ausstellung 1911 behauptete. Mit einer Folge jährlicher Ausstellungen stellte die „Jahresschau Deutscher Arbeit" Dresden ein Programm nach dem Grundsatz auf, in jedem Jahre einem bestimmten Zweig des deutschen Gewerbes Gelegenheit zu geben, durch den Nachweis seiner hohen Leistungsfähigkeit sich dem In- und Auslande zum Zwecke der Wiedererlangung seines Absatzgebietes bekannt zu machen.

Abb. 12. Haus T. in Berlin-Charlottenburg. Blick in das Eßzimmer*).
Neuere Villenbauten. Architekt: Hermann Muthesius, Berlin-Nikolassee.

Die 1. Jahresschau 1922 „Porzellan, Keramik, Glas" und die 2. Jahresschau 1923 „Spiel und Sport" hatten in solcher Hinsicht einen vollen Erfolg aufzuweisen, eine beachtenswerte Steigerung erreichte die 3. Jahresschau 1924 mit ihrer „Textilausstellung".

Am 16. Mai d. J. wird nun die 4. Jahresschau „Wohnung und Siedlung" eröffnet werden. Gerade weil die Industrie für die kommende Zeit mit einer weiteren Stabilisierung und Sicherung der Kreditverhältnisse rechnen darf und weil voraussichtlich das gesamte Wohnungsproblem sich immer mehr zu einer akuten Gegenwartsfrage steigern dürfte, glaubt die Jahresschau Deutscher Arbeit Dresden, mit dieser Ausstellung „Wohnung und Siedlung" zur Lösung einer der brennendsten Gegenwartsfragen in besonderem Maße beisteuern zu können. Der Teil der Ausstellung, in dem „Industrie und Handwerk" ausstellen, ist wie folgt gegliedert:

Bautechnik und Baugewerbe
- a) Baustoffe und Bauteile
- b) Neuzeitliche Bauweisen und Spezialkonstruktionen
- c) Baugeräte und Baumaschinen
- d) Technischer Bürobedarf

*) Diese Abbildung gehört an die Stelle von Abb. 8 in No. 13. —

Das Wohnungsinnere
a) Ausstattungen
b) Beispiele für einfachste Wohnungseinrichtungen und für besondere Berufs- und Lebensbedürfnisse
c) Hausgerät
Der Garten
a) Kleingärten
b) Garteneinrichtungen
c) Garten-Gerät
Musterbauten und Siedlungshäuser.

Wie in den früheren Jahren soll auch diesmal durch einen wissenschaftlichen Teil die Einführung in den Ursprung und die geschichtliche Entwicklung des ausgestellten Gebietes erfolgen. Dieser Teil der Ausstellung gliedert sich wie folgt:

Geschichtlich-Völkerkundliches } dargestellt vom Deutschen
Das Wohnen in der Neuzeit } Hygiene-Museum, Dresden
Wohnung und Siedlung im Rahmen des heutigen Städtebaues
Planungen und Ausführungen
Wohnungs- und Siedlungspolitik
Literatur.

Es ist selbstverständlich, daß auch die Architekten Deutschlands, die auf dem Gebiete der neuzeitlichen Bauweise und der Lösung des modernen Wohnungsproblems etwas zu sagen haben, auf dieser Ausstellung nicht fehlen. Eine große Anzahl von Musterhäusern verschiedenster Art und Größe sind bereits gemeldet. Die Musterbauten werden Inneneinrichtungen haben und von Zier- und Nutzgärten umgeben sein, die ja bei dem Siedlungsgedanken besonders im Vordergrund stehen. Da die verschiedenen Sparbauweisen, Sonderkonstruktionen usw., die praktisch vorgeführt werden, ebenso wie die Ausstellungsstücke der Baugeräte- und Baumaschinenindustrie großen Raum beanspruchen, hat die Ausstellungsleitung erhebliche Mittel für die Erweiterung der Hallenflächen, und zwar über 9000 qm, bereitgestellt. —

Die diesjährige Tagung des Bundes Deutscher Architekten wird Ende Juni in München abgehalten. Anschließend werden die deutschen Architekten gemeinsam auf der Donau flußabwärts eine Fahrt zum Besuch der österreichischen Kollegen in Wien unternehmen. —

Das diesjährige Schinkelfest des Architekten- und Ingenieur-Vereins Berlin findet, wie immer, am Geburtstage Schinkels, Freitag, den 13. März, abends 6 Uhr, im Meistersaal, Köthener Str. 38, statt. Nach dem Jahresbericht des Vorsitzenden und der Preisverteilung an die Schinkelsieger hält Ob.-Reg.- u. Brt. Prof. Mattern den Festvortrag über „Goethe und die Technik". An den Vortrag schließt sich ein gemeinsames Festessen im Bankettsaal des Weinhauses „Rheingold" an (Beginn 8 Uhr). —

Personal-Nachrichten.

Ehrendoktoren Technischer Hochschulen. Die Technische Hochschule Danzig hat dem Präsidenten der Academie van beeldende Kunsten im Haag, C. W. Lunsingh Scheusleer, wegen seiner hervorragenden Verdienste auf dem Gebiet der Kunstforschung und der Künstlererziehung, besonders durch die Art, die Baukunst als Erziehungsmittel zu schützen und heranzuziehen, die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen. —

Ehrendoktoren von Universitäten. Die Westfälische Wilhelms-Universität in Münster hat dem Geh. Oberbaurat Dr.-Ing. Josef Stübben in Münster i. Westf., dem Altmeister des Städtebaues, der auf wissenschaftlicher Grundlage mit weitem Blick die technische, hygienische, landschaftliche und künstlerische Gestaltung deutscher Städte in ihrer neuzeitlichen Entwicklung bis auf heute wesentlich bestimmt, deutscher Wissenschaft und Kunst auch im Ausland Anerkennung und Einfluß verschafft hat, anläßlich seines 80. Geburtstages die Würde eines Doktors der Philosophie ehrenhalber verliehen. —

Wettbewerbe.

Wettbewerb Ulmer Münsterplatz. Außer den preisgekrönten und angekauften Entwürfen kamen noch, wie wir gebeten werden mitzuteilen, die 19 Entwürfe der folgenden Verfasser in engste Wahl: Arch. W. Uhlit, Hannover, Arch. A. Daiber, Stuttgart, Bauamtmann K. Gruber, Passau, Arch. K. Bonatz, Korntal, Arch. Flerus & Konert, Dortmund, Arch. H. Koch, Frankfurt a. M., Dr.-Ing. Ed. Jobst Siedler, Berlin-Zehlendorf, Prof. L. Reiff, Nürnberg, Arch. P. Keller, Stuttgart, Arch. A. Daiber, Stuttgart, Arch. H. Frick, Königsberg, Arch. W. Scherer, Nürnberg, Arch. E. Weippert, Stuttgart, Prof. K. Hoffmann, Graz, Reg.-Bmstr. Chr. Schrade, Mannheim, Arch. Dominikus Böhm, Offenbach a. M., Arch. Karl Vogel, Stuttgart, Dr.-Ing. Fritz Scholl, Stuttgart, Reg.-Bmstr. Otto Leitolf, Aschaffenburg. Das städt. Hochbauamt Ulm bittet ferner die Verfasser der Entwürfe „Hüter und Herrscher", „Jungwald", „Z. u. X.", ihre Namen zu nennen. —

Ein Ideen-Wettbewerb für den Neubau einer Bürgerschule im Stadtteil Neuwelt in Schwarzenberg, Sa. wurde vom Rat der Stadt S. unter den in den Kreishauptmannschaften Zwickau und Chemnitz, sowie besonders eingeladenen Architekten mit Frist zum 15. April d. J. ausgeschrieben. Drei Preise von 1000, 750, 500 M., 3 Ankäufe zu je 250 M. Anderweitige Verteilung der Preissumme durch das Preisgericht zulässig. Vorbehaltlich Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung soll der 1. Preisträger mit der weiteren Planbearbeitung unter Ausschluß der örtlichen Bauleitung beauftragt werden. Im Preisgericht die Herren: Minist.-Rat Kramer, Dresden, Stadtbrt. Möbius, Chemnitz, Stadtbaudir. Tilsen, Schwarzenberg, Stadtbrt. Wolf, Dresden. Die Namen der Eingeladenen werden nicht bekanntgegeben. —

Wettbewerb Tannenberg-Nationaldenkmal. Trotz der verhältnismäßig sehr kurzen Frist, die für eine Bearbeitung dieses Wettbewerbes jetzt noch in Frage käme (die Entwürfe müssen bis zum 1. April d. J. beim Denkmalsausschuß in Königsberg eingereicht sein), möchten wir, da es sich um einen Wettbewerb handelt, der allen deutschen und deutschstämmigen Künstlern offen steht, und zudem der Gegenstand der Ausschreibung im ganzen Deutschland auch allgemeines Interesse verdient, im Anschluß an unsere Notiz in Nr. 101 v. J. noch kurz Einzelheiten aus den uns vorliegenden Unterlagen hier wiedergeben.

An Preisen sind, wie bereits mitgeteilt, je 6000, 4000 und 2000 M. ausgesetzt, die insgesamt auf einstimmigen Beschluß des Preisgerichts auch anderweitig verteilt werden können. Daneben sind Ankäufe für je 500 M. vorgesehen. Der Zweck des Wettbewerbes ist die Erlangung von Entwürfen für ein Denkmal, das auf dem Schlachtfelde von Tannenberg bei Hohenstein in Ostpreußen errichtet werden und „den Geist und die Erfolge der Schlacht bei Tannenberg (August 1914) dem deutschen Volke lebendig erhalten soll". Als Denkmalsplatz ist völlig freies, ebenes Gelände in der Nähe des Dorfes Sauden vorgesehen, das an zwei sich kreuzenden Straßen liegt und einen etwa rechteckigen Bezirk von rd. 225 × 350 m Ausdehnung darstellt. Auf diesem Gelände steht bereits dicht an der Wegekreuzung das am 31. August 1924 geweihte Denkmal des Regimentes Hindenburg, das danach in irgendeiner Form mit dem geplanten Nationaldenkmal in Beziehung zu setzen sein wird. Das Hindenburg-Denkmal hat eine Höhe von 8 m und ist mit einem ruhenden Löwen bekrönt. Unmittelbar hinter ihm liegt auf der anderen Seite der Straße ein kleines Gehöft. Die Form, in der die Aufgabe gelöst wird, ist dem Künstler völlig freigestellt. Dagegen ist mit Rücksicht auf die ostpreußischen Witterungsverhältnisse bei der Wahl der Baustoffe auf Wetterbeständigkeit besonders Bedacht zu nehmen. Die Baukosten sollen 250 000 M. nicht wesentlich überschreiten.

Verlangt werden in einer Blattgröße von nicht über 60 × 80 cm in schwarz-weiß ein Lageplan i. M. 1 : 5000, die Grundrisse 1 : 50, ein Schnitt 1 : 50, zwei Ansichten 1 : 50; ferner ein farbiges Schaubild von dem auf dem Lageplan angegebenen Standpunkt, eine prüfbare Massenberechnung sowie ein Erläuterungsbericht. Vorschläge für Anlagen, die das Denkmal umgeben, sind freigestellt. Die Kosten solcher Anlagen sollen in den 250 000 M. nicht enthalten sein. (Unterlagen: Schriftsatz der Bedingungen und Erläuterungen, Lageplan 1 : 25 000 und 1 : 5000, ein vom Standpunkt des Schaubildes gesehenes Landschaftsbild.)

Sämtliche eingegangenen Entwürfe werden in Königsberg im Anschluß an die Entscheidung des Preisgerichtes 14 Tage lang öffentlich ausgestellt. Über die Ausführung behält sich der Denkmalsausschuß jede Entscheidung vor, doch ist unverbindlich beabsichtigt, dem Träger des 1. Preises die Ausführung zu übertragen. Bezüglich der Zusammensetzung des Preisgerichtes sei auf unsere frühere Mitteilung verwiesen. —

Wettbewerb Priesterseminar Bensberg bei Köln. Der Verfasser des einen durch einen III. Preis ausgezeichneten Entwurfes heißt nicht Riepenhauer, wie in Nr. 14 angegeben war, sondern Arch. J. Riepenhausen, Köln. —

Inhalt: Neuere Villenbauten. (Schluß). — Die Aufgaben des städtischen Siedlungswesens und ihre Beziehungen zur Bodenreform. (Schluß). — Vermischtes. — Personal-Nachrichten. — Wettbewerbe. —

Bildbeilage: Neuere Villenbauten in Groß-Berlin. — Haus K. in Pichelsberge. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H. in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Fritz Eiselen in Berlin.
Druck: W. Büxenstein, Berlin SW 48.

NEUERE VILLENBAUTEN IN GROSS-BERLIN / HAUS K. IN PICHELSBERGE

ARCHITEKT: GEH. REG.-RAT PROF. DR.-ING. HERMANN MUTHESIUS, NIKOLASSEE

DEUTSCHE BAUZEITUNG LIX. JAHRGANG 1925. NR. 19